Bunte Linke Bündnis für Demokratie, Solidarität, Umwelt und Frieden

BUNTEZEITUNG

ZUR KOMMUNALWAHL AM 26. MAI 2019

Die Grünzonen um Heidelberg erhalten

Gerade eine schöne Stadt hat Grenzen des Wachstums

Heidelberg ist eine schöne Stadt. Heidelberg ist eine Stadt, in der sich ihre Bewohner wohlfühlen. Dies hat nicht nur mit dem vielfältigen Angebot an Kultur und sozialer Begegnung zu tun. Das verdankt sie auch ihrer baulichen Struktur und ihrem Umland, ihrer Lage am Rande des Odenwaldes am Eintritt des Neckars in die Rheinebene, ihrem Grüngürtel im Norden, Westen und Osten, den bewaldeten Odenwaldhängen. Es hat zu tun mit der historischen Altstadt, mit den Kernen der alten Stadtteile, mit einem geschlossenen Stadtteil der Gründerzeit und des Jugendstils.

Die Stadt hat diese historischen Bauten und Anlagen größtenteils unter Schutz gestellt (Gesamtanlagenschutzsatzung, Erhaltungssatzung). Soweit nötig, werden diese durch weitere Satzungen, etwa im jetzigen Sanierungsgebiet Wieblingen, ergänzt.
In den letzten zehn Jahren hat – zuerst mit der Bahnstadt, dann mit den Konversionsflächen – eine Phase intensiven Städtebaus begonnen. Insgesamt sollen Flächen von rund 300 ha neu besiedelt werden. Dies ist eine Fläche, die fast doppelt so groß ist wie die Stadterweiterung durch die Weststadt um 1900.

Aus unserer Sicht ist damit die Siedlungsentwicklung in Heidelberg im Wesentlichen abgeschlossen. Die Grünzonen Handschuhsheimer Feld, Pfaffengrunder und Kirchheimer Feld, der Bereich zwischen Kirchheim und Kirchheimer Hof müssen aus Gründen des Klimaschutzes, für die lokale Produktion frischer Lebensmittel, als Naherholungsgebiete und Biotope von einer Besiedelung ausgeschlossen werden. Eine weitere Zersiedelung der Odenwaldhänge muss durch baurechtliche Maßnahmen begrenzt bzw. verhindert werden. ●

Luftaufnahme: Vermessungsamt Stadt Heidelberg, mod.

Inhalt

Wohnen, Arbeiten und Verkehr	2
Bürgerentscheid Großer Ochsenkopf	3
Providenzgarten	4
Alter Kohlhof	4
Fahrradabstellplätze	4
Fossil free	4
Masterplan im Neuenheimer Feld und Neckarbogen	5
Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund	5
Altstadt und Weststadt Bauliches Gestalten	6
Konversionsflächen in Bürgerhand	6
Kernschlafzeit Altstadt	6
Smart City	6
Kultur braucht Vielfalt	7
Völkerkundemuseum	7
Engagement für den Frieden	8
Soziale Stadt	8
Verkehrswende jetzt!	9
Masterplan 100% Klimaschutz	10
Wasser ist Menschenrecht	10
Demokratie und Bürgerinitiativen	11
Kandidat*innen	12

Impressum
Hrsg. Bunte Linke
Bündnis für Demokratie,
Solidarität, Umwelt und Frieden
Kaiserstr. 62
69115 Heidelberg
https://bunte-linke.de/
BunteLinke@gmx.de
V. i. S. d. P.
Dr. Arnulf Weiler-Lorentz

Spendenkonto:
Postbank Stuttgart
IBAN: DE15 6001 0070 0017 7787 07

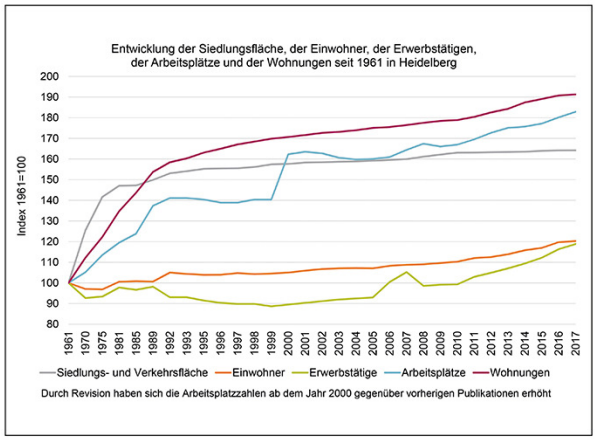
Quellen:
Soweit nicht anders angegeben:
Bunte Linke

Druck:
Schmid Otreba Seitz
Medien GmbH & Co. KG
68239 Mannheim

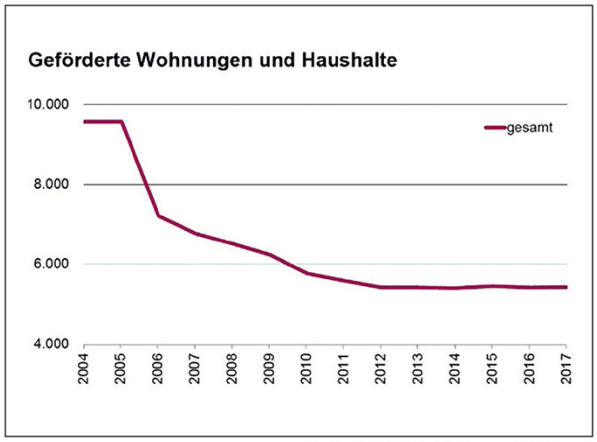
Wohnen, Arbeiten und Verkehr

Bei den Konversionsflächen keine Jahrhundertchance vergeben

In Heidelberg arbeiten 120 000 Menschen, davon pendeln mehr als 60 000 aus dem Umland ein. Von den rund 40 000 Studierenden und Auszubildenden in Heidelberg kommt die Hälfte aus dem Umland. „Pendlerhauptstadt" wurde Heidelberg in den Medien genannt, die Stadt mit den höchsten Pendlerzahlen bezogen auf die Einwohnerzahl. Bei den Mieten und Immobilienpreisen liegt Heidelberg im obersten Segment deutscher Städte.



Grafik: Amt für Stadtentwicklung und Statistik



Grafik: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, mod.

Beides, hohe Mietpreise und hohe Pendlerzahlen, hängen unmittelbar miteinander zusammen. Über Jahrzehnte ist die Zahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze in Heidelberg gestiegen, ohne dass die Wohnbevölkerung wesentlich gewachsen wäre. Die Arbeitsplätze nahmen vor allem im Bereich der Universität, des Universitätsklinikums und universitätsnaher Betriebe zu. Die hohe Nachfrage führt zu einem erheblichen Anstieg der Mieten. Heidelberger*innen mit einem geringeren Einkommen haben es zunehmend schwer, diese Mieten zu bezahlen und ziehen ins Umland. Was dann noch mehr Pendlerverkehr verursacht.

Nun hätte der Abzug der amerikanischen Streitkräfte die Chance geboten, dieses Ungleichgewicht zumindest teilweise zu beheben. Neben der Bahnstadt mit rund 100 ha standen damit zusätzlich 180 ha Konversionsfläche zur Verfügung. Vor allem Wohnungsbau in der Bahnstadt und auf den anderen Konversionsflächen – dies war anfangs erklärtes Ziel. Und kostengünstig sollten die Wohnungen sein. Preiswerte Renovierung und ein schrittweiser Umbau der Armeesiedlungen war die Devise. Davon ist wenig geblieben, es wurde flächenhaft abgerissen und neu gebaut. Statt überwiegend Wohnungen sind nach den bisherigen konkreten Planungen Gewerbeflächen für etwas mehr Arbeitsplätze vorgesehen, als später Menschen dort wohnen sollen. Der Wohnungsmarkt wird also nicht entlastet und die Zahl der Pendler wächst.

Wir haben immer wieder angemahnt, mehr Wohnungen zu bauen. Es müssen wenigstens Wohnungen für doppelt so viele Menschen gebaut werden, wie neue Arbeitsplätze entstehen.

Seit 2005 hat sich die Zahl der kostengünstigen preisgebundenen Wohnungen um 4 000 verringert, weil deren Preisbindung auslief und nicht ausreichend solche Wohnungen neu gebaut wurden. Dies führt in der Regel zu einem Anstieg um 20% alle drei Jahre bei den Bestandsmieten, bis die ortsübliche Vergleichsmiete laut Mietspiegel erreicht ist. Bei Neuvermietung wird gleich der Mietspiegel zugrunde gelegt.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft kann preisgebundene Wohnungen nach dem Wohnungsbauförderungsgesetz ohne städtischen Zuschuss bauen, weil ausreichend Fördermittel zur Verfügung stehen. Die Stadt bekommt außerdem beim Kauf der Konversionsflächen einen Nachlass von 25 000 Euro für jede erstellte preisgebundene Wohnung. In der letzten überplanten Konversionsfläche (Hospital) wurden aber lediglich 20 % solcher Wohnungen vorgesehen. Dabei sind diese Wohnungen nach den neuen Förderbedingungen inzwischen auch für viele Menschen mit mittlerem Einkommen zugänglich.

Wir fordern auf den verbleibenden Konversionsflächen generell 40 % solcher Wohnungen. ●

Bürgerentscheid Großer Ochsenkopf

Grünflächenschutz ist wirksamer Klimaschutz!

Ackerwinde auf dem Großen Ochsenkopf

In einer Zeit des Klimawandels müssen wir alles tun, den Temperaturanstieg in unserer Stadt in erträglichem Rahmen zu halten. Weltweit geht es vor allem um die Senkung der Treibhausgas-Emissionen.
Dies wird aber nicht schnell genug greifen. Wir müssen uns auch in Heidelberg auf deutlich steigende Temperaturen einrichten. Die wichtigste Maßnahme zum lokalen Klimaschutz ist der Schutz von innerstädtischen Grünflächen.

Im Klimagutachten der Stadt Heidelberg von 2015 ist die Grünfläche des Großen Ochsenkopfes als für das Stadtklima besonders wichtige Fläche ausgewiesen, sowohl als Kaltluftentstehungsgebiet als auch als Frischluftschneise für einen Teil von Bergheim, für Wieblingen, Pfaffengrund und die Bahnstadt. Sie hat im Gutachten den höchsten bioklimatischen Schutzstatus. Die Gutachter empfehlen, diese ca. 3 ha große Fläche nicht zu bebauen.

Auf dieser seit Jahrzehnten brach liegenden Fläche hat sich inzwischen ein artenreiches Biotop entwickelt mit über 100 Blütenpflanzen, zahlreichen Insektenarten und Vögeln. Artenreiche Biotope dieser Art sind in Heidelberg sehr selten. Sie können nur entstehen, wenn höchstens zweimal im Jahr gemäht wird und keine Düngung erfolgt.

Am 20. Dezember 2018 hat der Gemeinderat beschlossen, diese Fläche komplett mit einem neuen Betriebshof zu überbauen. Wir haben uns in der Diskussion um die Entwicklung in Bergheim West für den Erhalt dieser Grünfläche eingesetzt, leider erfolglos. Im Januar wurde das Bündnis „Bürgerentscheid Klimaschutz Grosser Ochsenkopf“ gegründet und ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht. Ziel ist es, dass die Aussagen des Klimagutachtens ernst genommen werden und das Biotop erhalten wird (www.klima-grosser-ochsenkopf.de). Wir haben das Bündnis nach Kräften unterstützt. Inzwischen hat das Bürgerbegehren mehr als 12 000 Unterschriften gesammelt und damit die nötigen 8 000 für einen Bürgerentscheid weit übertroffen.

Der Bürgerentscheid soll am 21. Juli durchgeführt werden. Dann sind die Heidelberger Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, darüber zu endscheiden, ob die Ochsenkopfwiese erhalten bleibt. ●

Bürgerentscheid
zum Schutz der Grünfläche
Großer Ochsenkopf!

Sind Sie dafür,
dass die Grünfläche **Großer Ochsenkopf**
erhalten bleibt und dort
kein RNV-Betriebshof gebaut wird?

Infos und Unterschriftenlisten: www.klimaschutz-grosser-ochsenkopf.de

Plakat zum Bürgerentscheid

Providenzgarten

Beinahe wäre ein wertvoller grüner Garten in der Altstadt großenteils weggefallen. Die Kirchengemeinde Providenz wollte den Providenzgarten an die Evangelische Landeskirche in Erbpacht abgeben, die Landeskirche dort ein neues Gebäude für die Hochschule für Kirchenmusik und ein neues Gemeindehaus für die Gemeinde erstellen.

Bunte Linke und CDU-Altstadt reagierten rasch. Der Garten ist eine der größten unversiegelten Flächen in der Altstadt. Er ist mit seiner Erholungs- und Aufenthaltsfunktion, aber auch wegen seiner Wirkung für das Kleinklima der Umgebung und der Altstadt unverzichtbar. Der wertvolle Baumbestand darf nicht gefährdet werden. Die Teilnehmer*innen einer öffentlichen Veranstaltung appellierten an die Stadtsynode, einen Beschluss zurückzustellen, bis die Möglichkeit geprüft ist, ob die Stadt die Fläche pachten und einen öffentlichen Park einrichten will.

Die Bunte Linke brachte im Gemeinderat einen Antrag ein, den Garten in Erbpacht zu übernehmen. Dieser Antrag war in der Haushaltsberatung erfolgreich. Prof. Klaus Hecking (CDU-Altstadt) warb eine große Summe bei privaten Sponsoren zum Unterhalt des Gartens ein, die dem Gemeinderat die Entscheidung wesentlich erleichterte. Zur Zeit verhandelt die Stadtverwaltung mit der Kirche über den Pachtvertrag. ●

Bild: Google earth, mod.

Fossil free

= *ohne fossile Brennstoffe*

Klimapolitik lässt sich nicht nur durch direkte Maßnahmen betreiben. Ein wirksames Mittel ist es auch, Investitionen aus Unternehmen abzuziehen, die Geschäfte mit fossilen Brennstoffen machen. Seit dies nicht nur moralisch und ethisch begründet wird, sondern auch mit wirtschaftlichen Argumenten, ist dies eine der wirkungsvollsten Divestment-Kampagnen geworden.

Drei der weltweit größten Finanzorganisationen, die Weltbank, ING und AXA, haben bereits 2017 ihren Ausstieg aus Investitionen in Kohle, Öl und Gas angekündigt. Nun hat Heidelberg keine eigenen Pensionsfonds, investiert also nicht selbst in langfristige Anlagen. Die Stadt ist Mitglied im Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg. Sie kann aber versuchen, auf die Investitionen dieses Verbandes Einfluss zu nehmen. Als einer der Träger der Sparkasse Heidelberg ist sie mit für die Geschäftspolitik dieser Einrichtung verantwortlich. **Die Bunte Linke hat beantragt, dafür zu sorgen, dass keine Papiere des DEKA-Fonds des Sparkassenverbandes durch die Sparkasse verkauft werden, die Aktien von Rüstungskonzernen und von Energiekonzernen enthalten, die in fossile Brennstoffe investieren.** ●

Alter Kohlhof

„Gebt den Heidelberger*innen den Alten Kohlhof wieder zurück“, forderte die Bunte Linke schon im Sommer 2016, als die Waldgaststätte vom neuen Eigentümer nicht wieder eröffnet wurde, obwohl er durch Grundbucheintrag dazu verpflichtet ist.

Nach mehrfachen Initiativen von unserer Seite hat der Gemeinderat beschlossen, unter diesen Umständen den Rückkauf gerichtlich zu erzwingen. Das Gericht hat inzwischen einen Vergleich der Parteien vorgeschlagen. Wir hoffen, der Gemeinderat beharrt auf seiner Position und führt den Prozess weiter. ●

Gasthaus Alter Kohlhof, wie Heidelberg ihn kennt *Foto: Ph. Rothe*

Statt Fahrradparken auf dem Gehweg

Die Bunte Linke hat im Gemeinderat beantragt, einzelne Autoparkplätze in der Stadt durch Beschriftung umzuwidmen in platzsparende, kostengünstige, leicht erreichbare Fahrradabstellplätze. Hierfür soll ein Konzept entwickelt werden.

Ein Fahrradabstellplatz in Basel

Masterplan
Im Neuenheimer Feld / Neckarbogen

In der Diskussion um die Entwicklung des Universitätsgebietes im Neuenheimer Feld fordert die Universität eine Vergrößerung des Gebäudebestandes auf beinahe das Doppelte bis 2050.

Sie erwartet von der Stadt Heidelberg folgende Maßnahmen:
- Weitere Nachverdichtung Im Neuenheimer Feld
- Bebauung des Gewanns Hühnerstein im Handschuhsheimer Feld
- Ausweisung neuer Bebauungsflächen nördlich des Klausenpfades
- Keine Straßenbahn durch das Universitätsgebiet
- Erschließung des Gebietes für den Autoverkehr durch
- den Ausbau des Klausenpfades
- fünfte Neckarbrücke
- „Zubringer Nord" durch das Handschuhsheimer Feld.

Diese Zielsetzungen führen zu flächenhafter Bodenversiegelung und zu einer erheblichen Zunahme des Verkehrs. Heftige Konflikte mit Bewohner*innen der angrenzenden Stadtteile, für die eine solche Planung einen erheblichen Verlust an Lebensqualität bedeutet, sind die Folge.

Handschuhsheim und Wieblingen
Vor den Türen der Stadt liegen Kulturlandschaften mit hohem Erlebniswert. Das Handschuhsheimer Feld dient der Nahversorgung mit regionalen Lebensmitteln; es ist wertvolles Ackerland, Naherholungs- und Rückzugsgebiet für zahlreiche gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Bebauung und Straßen würden es nachhaltig zerstören.

In Wieblingen bietet die streng geschützte Auenlandschaft am Neckar Ruhe und Erholung. Die Trasse der 5. Neckarbrücke würde mitten durch ein Wohngebiet und durch das Naturschutzgebiet führen. Wieblingen wäre an drei Seiten von zwei Autobahnen und der Zufahrt zum Neuenheimer Feld eingekesselt, hätte zusätzliche Belastungen durch Lärm und Abgase.

Bergheim und Neuenheim
Besonders verkehrsbelastet ist ohne Zweifel Bergheim. Die Vorschläge der Universität zur Entlastung helfen nicht.

Handschuhsheimer Feld *Foto: W.Otto / alamy*

Der Zuwachs an Bebauung wird den Verkehr verstärken.

Neuenheim leidet unter einer zunehmen Erhitzung des Stadtteils. Die klimatischen Bedingungen haben sich, auch aufgrund der stetigen Verdichtung an den Rändern des Campus, verschlechtert.

Wir fordern von Universität, Klinikum und der Stadt Heidelberg mehr Flexibilität in der Standortfrage sowie umweltverträgliche, zukunftsweisende und menschenfreundliche Verkehrskonzepte, bei denen die Lebensqualität der in Heidelberg lebenden Menschen angemessen Berücksichtigung findet. ●

Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund

kein mensch ist illegal

Damit Bürger*innen mit unterschiedlichen ethnischen, religiösen, soziodemografischen und weltanschaulichen Hintergründen – vor allem geflüchtete Menschen – von Teilen der Bürger*innen nicht als Bedrohung, sondern als Chance und Bereicherung wahrgenommen werden, braucht es einen offenen und ehrlichen Dialog in der Stadt. Es braucht Orte und Gelegenheiten der Begegnung, des Austausches und der Auseinandersetzung.

Um anzukommen und Fuß fassen zu können in einer fremden Welt, brauchen Menschen, die ihre Heimat auf der Suche nach einer neuen Perspektive und einem sicheren Ort verlassen haben, Begegnung und Begleitung. Sie brauchen Schutz und Zugang zu allen kommunalen Leistungen wie Bildung oder Gesundheit.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kultur der Gastfreundschaft in unserer Stadt erhalten bleibt – unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Staatsbürgerschaft – und sich geflüchtete Menschen sicher und willkommen fühlen.

- Die Bereitschaft der Stadt, freiwillig geflüchtete Menschen – z.B. aus dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge – aufzunehmen, erachten wir als humanitäre Pflicht.
- Wir unterstützen aktiv Initiativen, Bündnisse und Netzwerke, die sich im professionellen und bürgerschaftlichen Kontext für die Aufnahme, Unterstützung und Integration geflüchteter Menschen engagieren. Wir setzen uns für deren Rechte und Bedürfnisse ein.

Fest der Begegnung 2017

- Wir engagieren uns bei der Entwicklung Heidelbergs zu einer „Stadt der Zuflucht", einer solidarischen und gerechteren „Stadt für Alle".
- Wir unterstützen den Aus- und Aufbau eines lokalen Netzwerkes Solidarische Stadt Heidelberg. Eine ganz konkrete Einzelmaßnahme: Die Stadt muss für Lebensbereiche wie Bildung, Gesundheitswesen, Behördenkontakte Hilfe zum Übersetzen bereitstellen. ●

Altstadt und Weststadt:
Gestalten ohne lokalen Sachverstand?

In Zukunft ist ein neuer „Gestaltungsbeirat" für das Bauen in der ganzen Stadt zuständig. Darin sitzen nur noch Architekt*innen. Für Stadtteile mit hoher Denkmaldichte wie die Altstadt und die Weststadt ist das keine sachgerechte Zusammensetzung.

Wir haben uns – zusammen mit der GAL – für die Beibehaltung der beiden Beiräte für die Altstadt und die Weststadt eingesetzt, in denen Kunsthistoriker und Kenner der örtlichen Baugeschichte vertreten waren. Wir werden uns im neuen Gemeinderat dafür einsetzen, diese Beiräte wieder einzurichten. ●

Foto: I. Klinger, Motiv: B. Bank

Eine Kernschlafzeit für die Kern-Altstadt ...

... das forderte ein Bezirksbeirat der Grünen in der Diskussion um die Sperrzeit in der Altstadt. Wir sehen das auch so.

Um ein lebendiger Stadtteil zu bleiben, braucht die Altstadt Menschen aller Altersgruppen, die dauerhaft dort wohnen wollen. Dazu gehört auch eine ausreichende Nachtruhe. Hierbei geht es nicht nur um Befindlichkeit. Langdauernder nächtlicher Lärm hat eindeutig gesundheitliche Schäden zur Folge. Die jetzt vom Gemeinderat mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und Die Linke/Piraten beschlossene neue Regelung verstößt klar gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg, das in dieser Sache gegen die Stadt ergangen ist. Wir gehen davon aus, dass der VGH dies in der von Altstadtbewohnern angestrengten Normerlassklage korrigiert und das Leben in der Altstadt wieder erträglich wird. ●

*Bewohner*innen der Altstadt wünschen sich eine Kernschlafzeit*

Konversionsflächen bleiben in Bürgerhand

Die Konversionsflächen werden nicht verkauft, sondern in Erbpacht vergeben. Das fordert die Bunte Linke seit dem Beginn des Ankaufs der Konversionsflächen durch die Stadt.

Bei Erbpacht werden die Grundstücke langfristig verpachtet, in der Regel 99 Jahre. Danach fallen sie an die Stadt zurück oder die Pacht kann verlängert werden. Die Immobilien werden dem/der Pächter*in bei Rückfall zu einem festgesetzten Teil des Verkehrswertes vergütet. Erbpacht erlaubt einen wesentlich besseren Zugriff auf die Nutzung der Liegenschaften als Bebauungspläne. Soziale, ökologische, aber auch wirtschaftliche Gesichtspunkte können in den Erbpachtverträgen festgeschrieben werden. Dies ermöglicht eine langfristige Stadtentwicklung, schließt Bodenspekulation aus und sichert günstige Wohnungspreise.

Inzwischen ist ein großer Teil der Konversionsflächen weiterverkauft worden. Für den Rest gilt unsere Forderung nach wie vor, insbesondere für Gewerbeflächen, für die das Gutachten der Stadt zur Gewerbeentwicklung ausdrücklich eine Vergabe in Erbpacht empfiehlt. ●

Smart City: Die Lösung der städtischen Probleme oder ein Hype?

Das Sammeln von großen Mengen von Daten und weniger Datenschutz soll die Lösung für alle Probleme der Stadt bringen, so der Smart City-Hype. Natürlich helfen bei der Stadtplanung Daten zur Entwicklung der Stadt, bei der Erstellung des Stadtentwicklungsplanes genauso wie beim Verkehrsentwicklungsplan. Die Vorgaben für solche Pläne müssen allerdings die Bürger*innen machen.

Das Problem beim Sammeln und Nutzen von Daten ist, dass meist nicht die Bürger*innen, sondern die großen IT-Konzerne vorgeben, was die Stadt an Daten und Programmen benötigt. Dabei werden in großem Umfang persönliche Daten und Bewegungsprofile gesammelt. Diese Daten werden dann an Werbeagenturen verkauft und für gezielte Werbung benutzt (London). Oder es wird durch einen Abgleich von Bewegungsprofilen und Social Media-Daten beobachtet, wie die Bewohner auf Veränderungen in der Stadt reagieren (Singapur).
Die neuen Medien und Techniken sind bisher staatlicher Regulierung weitgehend entzogen. Sie haben andererseits das Potenzial, die öffentliche Sphäre zu überrollen, wenn es den Städten nicht gelingt, für die Bürger*innen attraktive Alternativen zu entwickeln und die Kontrolle über ihre Daten zu behalten bzw. zurückzugewinnen.

Bei der Auswahl der neuen Technologien sollte genau abgewogen werden, ob deren Einsatz tatsächlich zu einer nachhaltigen Effizienzsteigerung im Sinne aller Bürger*innen führen wird. Dies muss im öffentlichen Diskurs festgelegt werden. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Investitionen in präventive Sicherheitsmaßnahmen gelegt werden, um die großen Datenmengen, die eine solche Umstellung mit sich bringt, vor Cyber-Angriffen zu schützen.
Die erhobenen Daten sollten in zusammengefasster Form, die keine Rückschlüsse auf den Einzelnen zulässt, öffentlich zugänglich sein (Open Data). Damit könnte das Internet in der Stadt ein Versprechen einlösen, das mit der Idee des Internets als „Gemeingut" eines Kommunikations- und Informationssystems in den 70er Jahren gemacht wurde, bevor die massenhafte kommerzielle Nutzung und Kapitalisierung von Daten einsetzte.

Wir fordern:

- Daten werden durch die Stadt nur dann erhoben und verarbeitet, wenn sie den Bürger*innenn unmittelbar nutzen.
- Die Vorgaben für die Erhebung von Daten machen die Bürger*innen und die politischen Gremien.
- Diese Daten werden Dritten nicht in einer Form zugänglich gemacht, die Rückschlüsse auf den Einzelnen oder eine Vermarktung erlauben.
- Bei wissenschaftlichen Erhebungen, die Zusammenhänge von Einzelmerkmalen untersuchen, muss die Anonymität des einzelnen Bürgers gewährleistet sein.
- Die von der Stadt erhobenen Daten werden in zusammengefasster Form („aggregiert") öffentlich zugänglich gemacht (Open Data). ●

Kultur braucht Vielfalt

Bildung und Kultur schaffen die Voraussetzung für eine eigenständige Lebensgestaltung. Sie müssen öffentlich gefördert werden und dürfen nicht allein den individuellen Vorlieben privater Sponsoren überlassen bleiben. Nur so ist eine demokratische Diskussion und Entscheidung über Art und Umfang von Kulturprojekten möglich. In der heutigen Zeit, in der „Kultur" vorwiegend passiv über multimediale Wege konsumiert wird, ist es wichtig, Möglichkeiten zum aktiven Mitmachen an Kulturprojekten zu schaffen, damit sich Vielfalt entwickeln kann.

Neben der Bewahrung und Finanzierung der etablierten Kultureinrichtungen gehört die Förderung von Einrichtungen und Initiativen der alternativen Kulturszene zu den Aufgaben der Stadt.

Die Kulturförderung in Heidelberg wird gerade neu aufgestellt. Im Bereich „institutionelle Förderung" erhalten die etablierten Einrichtungen über längerfristige Verträge Planungssicherheit. Das gilt für private Museen und Theater, Karlstorbahnhof, Unterwegstheater, Kulturfenster, DAI, VHS, Akademie für Ältere, aber auch für diverse Chöre und Orchester, Theatergruppen und Künstlervereinigungen. Daneben wurde die „KulturLabHD-Projektförderung" speziell für Innovatives neu geschaffen. Die Vergabe erfolgt nach einer systematischen Bewertung der Projekte und Projektträger anhand eines klar definierten und transparenten Bewertungsmaßstabes. Die KulturLabHD-Förderung wird für maximal 3 Jahre mit jährlich abnehmendem Förderanteil gewährt.

Heidelberg darf sich berechtigt als „Kulturstadt der Spitzenklasse" bezeichnen.
Die Zuschussgewährung insgesamt aus dem Kulturamt ist in den letzten 10 Jahren um durchschnittlich 4,4% pro Jahr gestiegen, auf 3,5 Millionen Euro Ende 2018.
Einen Vergleich mit anderen Städten ermöglicht der Kennwert „laufende Grundmittel für Kultur". Der Heidelberger Wert liegt mit 240 Euro/ EW (je Einwohner) im Jahr 2018 erheblich über anderen Städten gleicher Größenordnung (76 Euro/ EW).

Daneben gibt es in Heidelberg ein ausgeprägtes Mäzenatentum, wodurch Kultureinrichtungen zusätzliche Möglichkeiten erhalten. Ein aktuelles Beispiel ist der Stadthallenumbau. Hier soll mit privaten Mitteln eine luxuriöse Neustrukturierung ermöglicht werden, die aus Haushaltsmitteln keinesfalls finanzierbar wäre.
Doch wir müssen aufpassen: Wenn zwar Spenden ohne weitere Gegenleistung versprochen werden, dann aber ein Sponsoring-Vertrag mit erheblichen Marketingrechten für eine Firma abgeschlossen werden soll, finden wir das nicht richtig. Dann lieber nur die notwendigen Sanierungen aus eigener Kraft.

Doch trotz der Spitzenwerte gibt es noch strukturelle Schwächen:

- Besonders für Jugendliche fehlen Räume und finanzielle Mittel, damit sie eigenständig Projekte ausprobieren und realisieren können.
- Räume für Veranstaltungen und Treffpunkte sind in vielen Stadtteilen praktisch nicht verfügbar.
- Die Gewährung institutioneller Förderung könnte transparenter und unabhängiger gewährt werden. Ein extern besetzter Beirat ohne Vernetzung in die lokale Kulturszene könnte Abhilfe schaffen.

Die Bunte Linke setzt sich ein:

- für die Bereitstellung öffentlicher Räume und Gelder, um selbstbestimmte Projekte wie die Villa Nachttanz, Café Gegendruck etc. zu fördern bzw. dauerhaft zu erhalten;
- für weitere Proben- und Ausstellungsräume, nicht nur für etablierte KünstlerInnen. Die Konversionsflächen bieten hier prinzipiell großen Spielraum für eine aktive Kulturpolitik;
- für eine verbesserte Öffnung „institutioneller" Förderung für neue, gut begründete und organisatorisch gesicherte Projekte (z.B. ein Literaturhaus);
- die Schaffung eines externen Beirats für die institutionelle Förderung;
- für den Verbleib einer Spielstätte des Medienforums am alten Standort in der Altstadt, wie vom Verein gewünscht, wenn das Karlstorkino mit dem Karlstorbahnhof auf die Konversionsfläche in die Südstadt umzieht;
- für eine bessere Information und Unterstützung kleinerer Vereine und Initiativen bei der Antragstellung;
- für konkrete Ansprechpartner im Kulturamt speziell für Jugendliche und junge Erwachsene bei Zuschussfragen ; für mehr kulturelle Veranstaltungen in den Stadtteilen, damit sich nicht alles auf die Altstadt konzentriert;
- für eintrittsfreien Zugang tagsüber zum Schlosshof für alle Heidelberger*innen. ●

Völkerkundemuseum

Ein Kleinod Heidelbergs

Das Jubiläumsjahr 2019 der Josefine und Eduard von Portheim-Stiftung für Wissenschaft und Kunst – der Trägerin des Heidelberger Völkerkundemuseums – ist inzwischen angebrochen und nach wie vor ist die Zukunft des Museums nicht dauerhaft gesichert. Die Bunte Linke sieht die Stadt und ihre gewählten Vertreter der Heidelberger Bevölkerung in der Verantwortung für diesen völkerkundlichen und kunsthistorischen Schatz.

Fotos: Ph. Rothe

Das Völkerkundemuseum ist ein Vermächtnis der Eheleute Leontine und Victor Goldschmidt, das von diesen der Stadt Heidelberg im Jahr 1919 durch eine Stiftung geschenkt wurde.
Heidelberg brauchte einen Anstoß von außen, um diesen Schatz wahrzunehmen. Das Gutachten von Professor Klaus Schneider, Direktor des Rautenstrauch-Joest-Museums in Köln, macht es deutlich: Das Museum ist ein Kleinod für Heidelberg. Schneider schreibt im Gutachten: „... völlig unverständlich, mit welcher geringen Wertschätzung in Politik und Verwaltung über dieses Haus und die Von Portheim-Stiftung gesprochen und verhandelt wird. ... müsste in der Heidelberger Innenstadt ein kulturelles Highlight und ein Zugpferd für Besucher sein."

Wir müssen entscheiden, was uns die Bewahrung der wertvollen Sammlungen, bestehend aus etwa 40.000 Objekten, wert ist, auch im Vergleich zu sonstigen kulturellen Einrichtungen.

Die Bunte Linke fordert eine nachhaltige Förderung, allerdings nicht nur von der Stadt, auch das Land Baden-Württemberg und die Universität stehen hier in der Pflicht.

In unserer globalisierten Welt mit den begleitenden ethnischen Konflikten ist das Völkerkundemuseum mit seinen Möglichkeiten für Bildungs- und Informationsarbeit unverzichtbar.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass der städtische Zuschuss von 7320 Euro im Jahr 2016 auf 200000 Euro im Jahr 2020 ansteigt. ●

Soziale Stadt

Daseinsfürsorge und soziokulturelle Teilhabe

Auch wenn Heidelberg laut Bericht zur sozialen Lage 2018 im Vergleich zu anderen Städten in Baden-Württemberg oder gar zum Bundesdurchschnitt besser dasteht, hat das Thema Armutsprävention und Armutsbekämpfung in Heidelberg nicht an Brisanz verloren.

Es sind im Vergleich zu 2016 zwar weniger, jedoch noch immer über 12.000 Menschen – darunter etwa 1.660 Kinder – von Armut betroffen und viele mehr von Armut bedroht. Die Schere zwischen den Einkommen der wohlhabenderen und der prekären Haushalte entwickelt sich ständig weiter auseinander und diese Entwicklung hat auch vor Heidelberg nicht Halt gemacht. Besonders betroffen sind Familien mit Kindern, Alleinerziehende, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sowie Migrant*innen. Noch immer ist es in Heidelberg trotz vieler Unterstützungsangebote nicht gelungen, die Situation grundlegend zu verbessern.

So leben zum Beispiel laut Armutsbericht 2018 in bestimmten Stadtteilen deutlich mehr Menschen, die von Armut betroffen sind. In diesen Stadtteilen sind zudem auch noch die soziokulturellen und Bildungs-Angebote nicht in dem Maße vorhanden wie in den „wohlhabenderen" Stadtteilen, u.a. Kinderbetreuungsangebote oder Beratungsstellen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.
Der Mangel an Wohnraum, der auch für Einkommensschwache bezahlbar wäre, ist im Zusammenhang mit schlecht bezahlten Jobs, befristeten Arbeitsverträgen und dem Verlust des Arbeitsplatzes die größte Ursache für die Probleme, mit denen viele Menschen kämpfen müssen. Erschwerend kommt dazu, dass bei der Stadtplanung und im Wohnungsbauprogramm der Stadt Heidelberg bislang nicht ausreichend Sorge dafür getragen wurde, dass eine gute Durchmischung von Wohnraum für alle Einkommensgruppen in allen Stadtteilen entsteht – auch die aktuellen Planungen auf Konversionsflächen und im Rahmen der GGH-Wohnungsbauvorhaben sind hier nicht zufriedenstellend.

Transferleistungen alleine, das hat der Bericht 2018 auch selbst so formuliert, reichen nicht aus, um in der Stadt eine faire gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben für alle Menschen, die in unserer Stadt wohnen, sicherzustellen.
Für die Bunte Linke bedeutet das, sich weiterhin für eine neu konzipierte soziale Wohnungspolitik einzusetzen, die eine Segregation ausschließt, Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung der Unterstützung zu erarbeiten, z.B. mehr Beratungsstellen, günstigere Bildungs- und Kulturangebote, Sozialtarife für Wasser, Strom und Gas sowie für den ÖPNV und eine bessere Versorgung mit Betreuungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen. Natürlich muss das alles nicht nur entwickelt, sondern auch finanziert werden. Den städtischen Haushalt auf den Wegfall von kostspieligen Großprojekten zugunsten einer für alle lebenswerten Stadt hin zu prüfen, war schon immer und bleibt weiterhin eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. ●

Engagement für den Frieden

Ostermarsch 2018 *Foto: Ph. Rothe*

Mit dem Abzug der US-Armee und der NATO aus Heidelberg sind wir im Alltag nicht mehr direkt mit Kampftruppen und Einsatzstäben konfrontiert.

So erfreulich das ist, am grundsätzlichen Problem der Präsenz von Streitkräften, die von Deutschland aus Krieg führen, hat sich dadurch nichts geändert.

Wir unterstützen daher das Engagement der Friedensbewegung gegen die Airbase Ramstein und andere ausländische Militärstützpunkte.

● Wir befürworten die Einrichtung des Mark Twain Centers als Erinnerungsort auf dem Gelände der ehemaligen Campbell Barracks. Dieses muss aber seinem Namensgeber gerecht werden, der ein entschiedener Kriegsgegner war. Im Vordergrund sollten daher die tatsächlichen Funktionen der Heidelberger Kasernen stehen. Dazu gehört insbesondere die Rolle der US-Hauptquartiere in den Kriegen gegen Vietnam, Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen sowie auch die Geschichte der Protestbewegungen, die sich dagegen richteten.

● Wir treten für sichere Fluchtwege, eine menschenwürdige Aufnahme und rasche Integration von Flüchtlingen ein. Unsere Solidarität darf jedoch nicht erst beginnen, wenn Menschen zu Flüchtlingen werden. Ebenso wichtig ist für uns daher die Bekämpfung von Fluchtursachen. Die häufigsten sind Kriege und gewaltsame Konflikte, in vielen sind westliche Staaten direkt involviert.
Als Teil der Heidelberger Friedensbewegung wenden wir uns daher gegen die konfliktverschärfende Politik Deutschlands, der EU und der NATO in den betroffenen Ländern.

● Wir treten für eine Verständigung der USA mit Russland sowie den Erhalt von Rüstungskontrollabkommen ein und unterstützen die Kampagnen gegen die geplante massive Erhöhung des deutschen Rüstungsetats, gegen Bundeswehrwerbung an Schulen, gegen Rüstungsexporte und gegen die Lagerung von Atomwaffen in Deutschland.

Heidelberg ist seit 2004 Mitglied der weltweiten Organisation „Mayors for Peace", die 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet wurde. Ihr gehören mittlerweile 7 500 Städte und Gemeinden aus 163 Ländern an. Ihr Ziel ist es, eine weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen. Wir setzen uns hier für mehr Aktivitäten der Stadt für diese Ziele ein. ●

Verkehrswende jetzt!

An einzelnen Durchgangsstraßen und überregionalen Straßen ist der Verkehr trotz zunehmender Einwohnerzahl etwas zurückgegangen. Von einer Verkehrswende in Heidelberg kann man allerdings nicht reden.

- **Das hat im Wesentlichen drei Gründe:** Stadtstrukturell entwickelt sich Heidelberg immer mehr zur (Ein-)Pendlerstadt. Das Prinzip „Stadt der kurzen Wege" wird nicht beachtet. (s. „Wohnen, Arbeiten und Verkehr", S. 2)

- Auch das Prinzip des Pull-und-Push, d.h. der Ausbau des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrradverkehr, Fußgängerverkehr) in Verbindung mit einer konsequenten Parkraumbewirtschaftung der Innenstadt und eine Zugangsbeschränkung zur Altstadt für den Autoverkehr wurde bisher nicht ernsthaft verfolgt.

- Im Neuenheimer Feld mit seinem hohen Verkehrsaufkommen durch Universitäts- und Klinikpersonal, durch Studenten- und Freizeitverkehr wird seit Jahrzehnten eine autoorientierte Verkehrspolitik verfolgt, aber in keiner Weise damit begonnen, ein ökologisch orientiertes Verkehrssystem zu verwirklichen.

- Beim ÖPNV gilt es, als Grundgerüst ein leistungsfähiges Straßenbahnnetz zu verwirklichen. Hier ist die Straßenbahn ins Neuenheimer Feld das wichtigste und dringendste Element. Mit der Besiedelung von Patrick Henry Village muss diese neue Siedlung von Beginn an mit einer Straßenbahn erschlossen werden. Der kürzeste Weg hierfür ist eine Verlängerung der Linie 26 über Kirchheim hinaus. Wir erwarten, dass diese Trasse sich auch in einer verkehrlichen Bewertung des Nutzens und der Kosten als die günstigste herausstellen wird.

Als Verbesserung im bestehenden Netz sollte die Linie 26 wieder direkt vom und zum Bismarckplatz fahren. Wir haben dies immer gefordert. Die Linienführung durch die Bahnstadt hat sich wegen der längeren Fahrtdauer und der Umsteigebeziehungen nicht bewährt. Die Bahnstadt kann mit der Linie 21 erschlossen werden, womit sie auch eine umsteigefreie Verbindung nach Neuenheim (Campus NHF) erhalten würde.

Die Buslinien sollen die Wege abdecken, für die es keine angemessene Straßenbahnverbindung gibt. Mit ihrer größeren Flexibilität der Linienführung bilden sie einen wichtigen Pfeiler des ÖPNV-Angebots. Lange innerstädtische Buslinien (z.B. die Linie 33) sollten gebrochen werden, weil sie besonders verspätungsanfällig sind.

Der Versuch, die Straßenbahnen und Busse durch **Ampelvorrangschaltung** zu beschleunigen, war bisher, trotz neuem Verkehrsrechner und neuen Messeinrichtungen, nicht flächendeckend erfolgreich. Manche Straßenbahnen sind heute länger unterwegs als vor zehn Jahren. Dies hat nicht nur längere Fahrzeiten zur Folge, sondern führt auf längeren Strecken auch zu deutlich höheren Kosten. Wir fordern, dass sich die Ampelschaltungen – vor allem in der Hauptverkehrszeit – an der Zahl der Verkehrsteilnehmer orientieren, die vor der Ampel warten, d.h. dass dem ÖPNV tatsächlich Vorrang vor dem Autoverkehr eingeräumt wird.
Auch die Buslinien müssen von Vorrangschaltungen häufiger profitieren können. Wo möglich und für eine Beschleunigung des Busverkehrs sinnvoll, sollen sie eigene Spuren erhalten.

Die Lage des Betriebshofs sehen wir nicht – wie vom Gemeinderat beschlossen – auf dem Großen Ochsenkopf. Dieser Bereich hat erhebliche stadtklimatische Bedeutung und ist nach 40 Jahren Brache zu einem wertvollen Biotop geworden. Deshalb unterstützen wir die Initiative für einen Bürgerentscheid gegen diesen Gemeinderatsbeschluss (s. „Großer Ochsenkopf", S. 3). Wir setzen uns für einen Neubau am alten Standort ein. Hier muss nicht Grünfläche neu versiegelt werden. Der Betriebshof liegt in der Mitte des Verkehrsnetzes, weist die kürzesten Aus- und Einrückzeiten für die Fahrzeuge auf und damit auch die niedrigsten Personalkosten. Wird die Emil-Meier-Straße und die Alte Feuerwache einbezogen, wären – im Gegensatz zur der Planung auf dem Großen Ochsenkopf – auch alle Busse dort unterzubringen. Das Dezernat 16 (Kreativwirtschaft) soll ohnehin mittelfristig auf die Konversionsflächen umziehen. Städtebaulich kann ein Betriebshof durchaus mit der Überbauung durch Wohnungen und Gewerbe- oder Bürofläche verbunden werden und damit „urbanen" Charakter haben, wie Beispiele in Zürich oder in München zeigen.

Der Fahrradverkehr hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Zur Sicherung und weiteren Förderung des Radverkehrs sollten in den nächsten Jahren vor allem die Radwegverbindung Bahnstadt-Bergheim West- Neuenheimer

Foto: Ph. Rothe

Feld gebaut, die Radwegeführung in der Mittermaierstraße (zwischen Hauptbahnhof und Ernst-Walz-Brücke) und in der Dossenheimer Landstraße verbessert werden. Im Nebenstraßennetz sollten folgende Fahrradstraßen verwirklicht werden: Plöck und kleine Plöck, Gaisbergstraße, Zeppelinstraße, östliche Vangerowstraße. Daneben gibt es zahlreiche, weniger kostenträchtige Verbesserungen, die das Verkehrssicherheitsaudit, die AG Rad und die IG Rad aufgelistet haben.

Stiefkind des Umweltverbundes ist der Fußgängerverkehr. Hier gilt es, die Vorschläge des Sicherheitsaudits abzuarbeiten, aber auch für eine angenehme Umgebung zu sorgen. So liegen am Weg vom Hauptbahnhof zur Innenstadt mehrere Grünflächen und Parks, der Fußweg führt aber an Hauptverkehrsstraßen entlang. Gerade für Ortsfremde wäre eine Wegeführung entlang wenig verkehrsbelasteter Bereiche eine Einladung in die Stadt. ●

Auswirkungen von Beschlüssen der Europäischen Union auf die Kommunen

Die Bunte Linke hat sich in der Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht" gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung engagiert.

Sie hat hierzu eine Resolution im Gemeinderat eingebracht, die die Europäische Kommission auffordert, ein Gesetz vorzulegen, das das Menschenrecht auf Wasser durchsetzt und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert. Der Gemeinderat ist diesem Antrag gefolgt.

Der Heidelberger Gemeinderat hat auf der Grundlage eines Antrages der Bunten Linken einen Beschluss gefasst, der zum Ausdruck bringt, dass durch die Freihandelsabkommen CETA und TTIP europäische Standards im Arbeits- und Sozialrecht, im Umwelt- und Verbraucherschutz, beim Daten- oder Verbraucherschutz in Frage gestellt werden und dass Investoren vor internationalen Schiedsstellen deutsches und europäisches Recht und demokratische Entscheidungen von Bund, Land und Kommunen aushebeln können. ●

Masterplan 100% Klimaschutz

Der Plan ist gut – das Ergebnis ungenügend

Fridays for Future *Foto: Ph. Rothe*

Im Rahmen des Masterplans 100 % Klimaschutz formulierte die Stadt Heidelberg 2014 ehrgeizige Ziele für den Klimaschutz: Durch ein breites Bündel von Maßnahmen sollte der Energieverbrauch in der Stadt bis 2050 um 50% reduziert werden, der CO2-Ausstoß um 95%.
Auch wenn keine genaue Bewertung der bisher erfolgten Maßnahmen vorliegt, ist es offensichtlich, dass dieses Ziel nicht erreicht wird.

Erfolgreich waren die Maßnahmen an stadteigenen Gebäuden und bei den Stadtwerken, weniger erfolgreich waren die Maßnahmen bei den privaten Bestandsbauten und bei den Bestandsbauten der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH), bei den Vorgaben für das Bauen auf den Konversionsflächen, bei der Installation von Solaranlagen und insbesondere im Verkehr (s. Verkehrswende Jetzt!, S. 9).

Als Beispiele für bisher nicht genutzte Möglichkeiten seien hier genannt:

Bahnstadt und Konversionsflächen
In der Bahnstadt besteht die Vorgabe, alle Gebäude im Passivhausstandard zu erstellen. Eine aktuelle Zwischenbilanz zeigt, dass der Energieverbrauch für Heizung den Vorgaben der Passivhaus-Bauweise entspricht, d.h. nur etwa einem Bruchteil eines unter üblichen Standards erbauten Hauses. Unverständlich ist, dass die Stadt diesen Standard nicht auf alle neu erstellten Gebäude auf den Konversionsflächen übertragen hat.

Bei der Planung von Mark Twain Village (MTV) Nord hat der Gemeinderat es versäumt, mit dem Bündnis für Wohnen, das die Bebauung übernahm, frühzeitig ein solch ehrgeiziges energiepolitisches Ziel zu vereinbaren. Die Bunte Linke legte 2016 einen solchen Antrag vor für die Teile von MTV, für die noch keine Bebauungspläne verabschiedet waren.
Dieser Antrag fand keine Mehrheit. Der Gemeinderat fasste aber einen Grundsatzbeschluss, der für alle zukünftigen Neubauten auf den Konversionsflächen Passivhausstandard fordert.

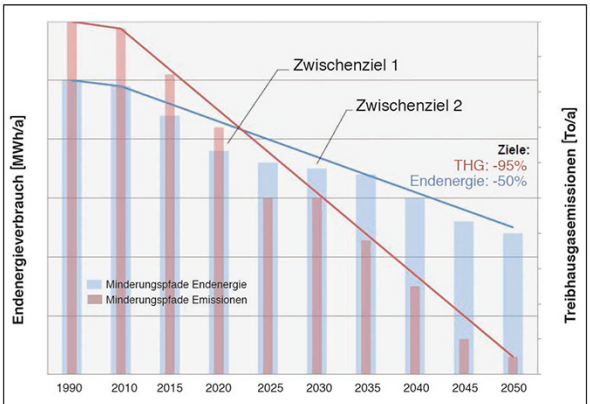
Dieser Standard wird bisher allerdings nur auf dem Gewerbegebiet „Patton Barracks" vertraglich mit den Käufern vereinbart. Schon auf der Fläche „Hospital" wich der Gemeinderat wieder von diesem Grundsatzbeschluss ab. Auch ein Teil der grünen Fraktion stimmte dem Antrag der Bunten Linken nicht zu, am Passivhausstandard festzuhalten.

Solarenergie
Für die Dachflächen der Häuser der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz und der Stadt gibt es ein Kataster der Flächen, die für die Nutzung der Solarenergie infrage kommen. Allerdings hat dies nicht dazu geführt, dass solche Anlagen auch in größerem Umfang installiert wurden.

Auch die Möglichkeit zur vertraglichen Festsetzung von Anlagen zur Solarenergienutzung wurde nicht ausgeschöpft. Nur auf 6 % der Fläche der nutzbaren Dächer der Bahnstadt wurden bisher Anlagen zur Nutzung der Solarenergie installiert.

Stadtwerke: Bezug von Energie von Dritten
Die Stadtwerke haben zwar mit dem Bau eines Heizkraftwerkes einen großen Schritt zur Versorgung der Stadt mit Heizwärme und Strom aus erneuerbaren Energien getan, sie beziehen aber immer noch 80% der Fernwärme aus dem Großkraftwerk Mannheim. Dort wird Kohle als Primärenergie eingesetzt. Dieser Brennstoff setzt von den fossilen Energien die höchste Menge CO2 pro Endenergieeinheit frei.

Wir werden im Gemeinderat Sorge dafür tragen, dass diese Möglichkeiten zur Energieeinsparung und Nutzung von erneuerbaren Energien genutzt werden. ●



Ziele und symbolisierte Minderungspfade für den Masterplan 100 % Klimaschutz

Grafik: Stadt Heidelberg, mod.

Demokratie und Bürgerinitiativen

Die Wahlliste Bunte Linke steht für eine intensive Beteiligung der Bürger an stadtpolitischen Entscheidungen. Das setzt den Zugang zu Information voraus und die Möglichkeit zur öffentlichen und offenen, kontroversen Diskussion.

Wir fordern:

- eine bürgerfreundliche Auslegung des Informationsfreiheitsgesetzes des Landes Baden-Württemberg, insbesondere was die Zeit zur Bearbeitung einer Anfrage und die berechneten Kosten betrifft,
- städtische Räume müssen für kulturelle und politische Begegnungen und Diskussion auch in den Stadtteilen zur Verfügung stehen,
- öffentlichen Raum als Forum zum Meinungsaustausch
- den Wortlaut der Redebeiträge in öffentlichen Gemeinderatssitzungen den Bürger*innen in geeigneter Form zugänglich zu machen (Webseite der Stadt, CDs mit Audiodateien) und/oder die Gemeinderatssitzungen während ihres Verlaufes über die Internetseite der Stadt zu übertragen,
- besonders wichtige Abstimmungen im Gemeinderat namentlich durchzuführen und die Abstimmungsergebnisse auf der Internetseite der Stadt zu veröffentlichen, um es den Bürger*innen zu ermöglichen, das Abstimmungsverhalten der Stadträte nachzuvollziehen,
- für alle Stadträt*innen Einsichtsrecht in Unterlagen beim Abschluss von Verträgen der städtischen Gesellschaften, nicht nur für Mitglieder der Aufsichtsräte,
- die Direktwahl der Bezirksbeirät*innen, deren direkte Zuständigkeit für bestimmte Aufgaben im jeweiligen Stadtteil und ihre Einbeziehung in Haushaltsberatungen,
- dass der Gemeinderat mit einem Viertel seiner Mitglieder – nicht nur durch Mehrheitsbeschluss - sachkundige Bürger*innen und Experten zur Beratung zuziehen kann. Entsprechendes gilt für die Bezirksbeirät*innen
- dass auch Nicht-EU-Bürger*innen das kommunale Wahlrecht erhalten (Zuständigkeit des Landtages Baden-Württemberg).

Leitlinien der Bürgerbeteiligung

Die Heidelberger Bürger*innen strengten zwei Bürgerentscheide gegen Entscheidungen des Gemeinderates an, die beide in der Sache erfolgreich waren (Sozialwohnungen im Emmertsgrund, Stadthallenanbau). Darauf setzten Oberbürgermeister und Gemeinderat 2013 einen Arbeitskreis ein, der Leitlinien für Bürgerbeteiligung erarbeiten sollte.

Wir arbeiteten aktiv in diesem Arbeitskreis mit und es gelang, in einer ganzen Reihe von Punkten den direkten Einfluss der Bürger*innen auf die städtischen Entscheidungen zu stärken. Dazu tragen vor allem bei:

- die **Vorhabenliste,** die in Kurzform alle Vorhaben der Stadt mit den wichtigsten Informationen auflistet und zwar schon bevor sie im Gemeinderat beraten werden.
- eine **Verbindlichkeit der Beteiligungsprozesse,** d.h. das Ergebnis eines Bürgerbeteiligungsverfahrens muss konkret in den Entscheidungsprozess des Gemeinderates einfließen.
- dass das **Verfahren** durch den Gemeinderat, aber auch durch die Bürger*innen selbst eingeleitet werden kann. Für die ganze Stadt betreffende Fragen bedarf es dabei der Unterschrift von 1000 Bürgern, bei stadtteilbezogenen Fragen eines Prozents der Bürger*innen des Stadtteils.

Solche Beteiligungsverfahren haben sich bei relativ „offenen" Entscheidungen bewährt, etwa der Diskussion um verkehrslenkende Maßnahmen oder die Entwicklung der meisten Konversionsflächen. Stehen Bürger*innen klar definierte wirtschaftliche oder politische Interessen gegenüber, wie etwa bei der Diskussion über ein neues Kongresszentrum, der Bebauung der Konversionsfläche „Patton Barracks" und des Standorts des neuen Betriebshofes, ist eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung erheblich schwieriger oder unmöglich. Die Diskussion um die Entwicklung von Bergheim-West hat dies zuletzt deutlich gezeigt. Eine Diskussion über den Standort des Betriebshofes sollte völlig ausgeklammert werden. In einem solchen Fall bleibt den Bürger*innen dann wiederum nur ein Bürgerbegehren.

Wir haben das Bürgerbegehren „Klimaschutz Großer Ochsenkopf" (s. S. 3) nach Kräften unterstützt – wie übrigens auch die beiden vorausgehenden Heidelberger Bürgerentscheide (Verkauf Sozialwohnungen Emmertsgrund, Stadthallenanbau). Inzwischen sind über 12.000 Unterschriften zusammengekommen und der Bürgerentscheid ist erreicht. Die Heidelberger Bürger*innen können also selbst entscheiden, ob die innerstädtische Grünfläche „Großer Ochsenkopf" mit einem Betriebshof überbaut wird.

Generell sind wir der Meinung, dass bei einem Bürgerentscheid eine einfache Mehrheit der Abstimmenden ausreichen sollte. Ein Positiv-Quorum von 20%, d.h. 20% der Wahlberechtigten müssen mit „Ja" stimmen, ist zu hoch. Die Schweiz und die amerikanischen Bundesstaaten, die Bürgerentscheide kennen, fahren gut mit einer einfachen Mehrheit. Auch hier ist allerdings der Landtag Baden-Württemberg für eine Änderung zuständig.

Podiumsdiskussion „Spitzengemüse und Spitzenforschung" 2017 *Foto: Ph. Rothe*

Dr. Weiler-Lorentz Arnulf 1
Arzt für Anästhesie
Weststadt

Stolz, Hildegard 2
Dipl-Ing. Werkstoffwissenschaften, EDV-Sachbearbeiterin, Weststadt

Müller-Reiss, Birgit 3
Historikerin
Handschuhsheim

Glitscher-Bailey, Vera 4
Diplom-Übersetzerin
Weststadt

Guilliard, Joachim 5
IT-Berater
Rohrbach

Becke, Elsa 6
Künstlerin
Wieblingen

Weber, Karin 7
Verkehrsingenieurin i. R.
Rohrbach

Elci, Ali 8
IT-Berater
Weststadt

Weber, Marion 9
Kaufm. Angestellte
Bergheim

Brou, Sylvie 10
Sekretärin
Handschuhsheim

Dr. Götz, Marcus 11
Diplom-Physiker
Neuenheim

Pourmoafi, Hassan 12
IT-Systemkaufmann
Kirchheim

Funke, Maria 13
Sonderschullehrerin,
Hausfrau, Altstadt

Claus, Roswitha 14
Exportkauffrau i. R.
Neuenheim

Thiery, Klaus 15
Arzt
Weststadt

Rothkopf, Anna Maria 16
Sekretärin i. R.
Neuenheim

Henkel, Brigitte 17
Rentnerin
Handschuhsheim

Klein, Georg 18
Dipl.-Biologe
Südstadt

Demiren-Dönmez, Sebahat 19
Hausfrau, Bergheim

Flassak, Heidi 20
Dipl.-Soz. Päd. (FH)
i. R., Weststadt

Bretthauer, Peter 21
Rentner, Weststadt

Müller, Jakob 22
Student, Weststadt

Vukovic-Bringezu, Nera 23
Dipl.-Psychologin
Altstadt

Bringezu, Elmar 24
Orchestermusiker i. R.
Altstadt

Delvos, Heinz 25
IT-Manager i. R.
Neuenheim

Müller, Anna Elisabeth 26
Berufsschullehrerin
Wieblingen

Strommenger, Dieter 27
Lehrer i. R.
Altstadt

Schneider, Sylvia 28
Physiotherapeutin
Weststadt

Frosch, Helmut 29
Linguist i. R.
Altstadt

Kobel, Anton 30
Gewerkschaftssekretär i. R., Dipl.-Volkswirt
Rohrbach

Akkaba, Orhan 31
Berufsbetreuer
Rohrbach

Mödinger, Olaf 32
Dipl.-Informatiker
Südstadt

Vey-Hegemann, Birgit 33
Sekretärin
Handschuhsheim

Trautmann-Dadnia Gerda 34
Rechtsanwältin
Südstadt

Schraube, Doris 35
MTA
Handschuhsheim

Seelig, Wolfgang 36
Rentner
Bahnstadt

Dr. Madsen, Henning 37
Kieferorthopäde
Neuenheim

Schöbel, Stefan 38
Buchhändler
Rohrbach

Romera-Garcia, José Andres 39
Software-Entwickler
Rohrbach

Duncker, Karl 40
Dokumentar
Kirchheim

Köber, Claudia 41
Altenpflegerin
Weststadt

Gallfuß, Wolfgang 42
Rentner
Weststadt

Steiert, Melanie 43
Hochschulsekretärin
Weststadt

Dr. Mayer-Himmelheber, Susanne 44
Buchhändl. i.R., Altstadt

Bailey, Ian 45
Lektor
Weststadt

Stolz, Andreas 46
Dipl.-Ing. Elektrotechnik (FH), Weststadt

Kraus, Renate 47
Erziehungswissenschaftlerin (M.A.), Rohrbach

Ober-Jung, Monika 48
Gymnasiallehrerin
Weststadt

Wer wir sind ...

Wir, die Bunte Linke, sind ein lockeres Bündnis von Einzelpersonen und Gruppen, die – ungeachtet verschiedener Anschauungen und Herkunft – der Wille eint, die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung nicht tatenlos hinzunehmen; eine Entwicklung, die geprägt ist durch hohe internationale Machtkonzentrationen, weltweit organisierte Ausbeutung von Rohstoffen und natürlichen Ressourcen, Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Einschränkung sozialer Sicherungssysteme, Geringschätzung der öffentlichen Sphäre und der Demokratie und aller Formen der Solidarität.

Wir treten ein für eine Politik des sozialen Ausgleichs und der praktischen Solidarität. Wir nehmen Partei für benachteiligte und schutzbedürftige Bürger.

Wir treten ein für eine Politik, die unsere Umwelt für unsere Nachkommen in einem lebenswerten Zustand hinterlässt.

Wir setzen uns aktiv, engagiert und konsequent für unsere Anliegen ein.

Übrigens:
Wir treffen uns jeden Dienstag, 20 Uhr, im Laden für Kultur und Politik, Kaiserstr. 62. Wenn Sie Lust haben, bei uns mitzumachen, kommen Sie einfach vorbei oder schreiben Sie uns:

Bunte Linke, Kaiserstr. 62,
69115 Heidelberg
oder: BunteLinke@gmx.de.

Sie erhalten dann regelmäßig Einladungen.